



**Medienkonferenz vom 18. Januar 2016  
2 x Nein zum Abbau der Prämienverbilligungen**

## **Prämienlast wiegt schwer auf Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen**

**Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin VPOD / Gesundheitsbereich**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren

Finanzielle Sorgen verursachen Stress und können krank machen – deshalb setzt sich der VPOD und mit ihm das Gesundheitspersonal und die Beschäftigten im Sozial- und Bildungsbereich für eine gute Prämienverbilligung ein, die vor allem Familien unterstützt und ihnen konkret nützt.

Die massiven Kürzungen bei den Prämienverbilligungen der letzten Jahre sind ungesund für die gesamte Gesundheitsversorgung und haben beträchtliche Nebenwirkungen auf die direktbetroffenen Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Darunter sind viele, die als Hilfen in der Pflege oder Küche oder in der Reinigung arbeiten. Um sie nicht in die Armut und zur Sozialhilfe zu treiben, ist die Prämienverbilligung eminent wichtig.

Der VPOD hat als Gewerkschaft Mitglieder, die wegen ihrem beschränkten Einkommen auf Prämienverbilligungen angewiesen sind. Das sind zum Beispiel Familien mit mehreren Kindern bei denen ein Elternteil in der Reinigung und der andere als ungelernte Pflegehilfe in einem Heim arbeiten.

Wir haben aber auch Mitglieder, die in der Schule oder im Sozialbereich oder im Gesundheitswesen arbeiten und die täglich zu tun haben mit Menschen, die krank sind oder werden, weil sie Stress haben, weil das Familienbudget zu knapp ist. Familien, die darunter leiden, dass sie an der Grenze herumtingeln, an der man noch in den Genuss einer Prämienverbilligung kommt oder dann eben gerade nicht mehr.

Als Vertreterin des Gesundheitspersonals weiss ich um den Zusammenhang zwischen der Qualität der Gesundheitsversorgung und der Finanzierung des Gesundheitssystems. Heute werden 45 Prozent der Leistungen über die Kopfprämien der Krankenkassen – sprich durch die Versicherten finanziert (55 Prozent übernimmt die öffentliche Hand). Dazu kommen die Selbstbehalte, die im Krankheitsfall ja auch noch anfallen.

Damit geht die Finanzierung der Gesundheitskosten fast zur Hälfte auf Krankenkassenprämien von Haushalten und Einzelpersonen zurück – unabhängig von deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Befund ist dabei klar: Die Prämienlast wiegt schwer auf vielen Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen. Einkommensabhängige und progressive Prämien würden hier Abhilfe schaffen. Tiefe und mittlere Einkommen würden so entlastet, hohe Einkommen müssten mehr Verantwortung übernehmen. Trotz mehreren Anläufen auf nationaler Ebene gibt es heute keinen Konsens, der unser unsoziales System für die Finanzierung einer wichtigen Sozialversicherung verändern würde.

Immerhin hat der Bundesrat in den 1990er-Jahren in seiner Botschaft zum neuen Krankenversicherungsgesetz ein Sozialziel formuliert, wonach die Prämien nach Verbilligung höchstens acht Prozent des steuerbaren Einkommens eines Haushalts betragen sollen. Bund und Kantone leisten dafür Prämienverbilligungen. Gemäss dem Bundesrat müssen höhere Prämien „durch Beiträge der öffentlichen Hand zurückvergütet“ werden.

Dieses Ziel ist im Kanton Bern bei weitem nicht erreicht. Eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von 70'000 Franken mit einem Kind (16 Jahre) und einem jungen Erwachsenen in Ausbildung (20 Jahre) bezahlt im Kanton Bern im Jahr 2015 ganze 16 Prozent vom verfügbaren Einkommen für Krankenkassenprämien – dies nach Abzug der Prämienverbilligungen. Der Kanton Bern gehört damit zu den unsozialsten Kantonen und die Finanzierung der Krankenkasse wird für mittelständische Familien und Personen mit kleineren Einkommen zur immer grösseren finanziellen Belastung.

Der VPOD hat das Referendum von Anbeginn mit Überzeugung mitgetragen und engagiert sich für 2 x NEIN zum Abbau bei den individuellen Prämienverbilligungen. In unserem Anliegen werden wir unterstützt vom Dachverband Angestellte Bern mit den beiden grossen Berufsverbänden im Gesundheitswesen, dem VSAO (Verband der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte) und dem SBK (Verband der Pflegefachleute).